



Islam als Beruf

Beschäftigungsperspektiven für Absolventen der Studiengänge „Islamische Theologie“ in Deutschland

Rauf Ceylan und Andreas Jacobs

- › Das Studienfach „Islamische Theologie“ ist an einer Reihe von deutschen Universitäten mittlerweile etabliert. An die Absolventen werden hohe Erwartungen geknüpft. Sie sollen als Religionslehrer, Wissenschaftler, Sozialarbeiter, Seelsorger und Imame den Islam in Deutschland besser beheimaten.
- › Es wurde allerdings bislang versäumt, die Studiengänge auf den Arbeitsmarkt abzustimmen und Berufsperspektiven für Islamische Theologen zu schaffen. Dementsprechend haben viele Absolventen des Faches mit unklaren und oft wenig attraktiven Berufsperspektiven zu kämpfen.
- › Mangelnde Eignung, falsche Erwartungen, offene rechtliche Fragen, fehlende Akzeptanz und Finanzierungsmöglichkeiten sowie institutionelle Schwierigkeiten könnten dazu führen, dass die hohen gesellschaftlichen und politischen Erwartungen an die Absolventen des Studienfachs „Islamische Theologie“ enttäuscht werden.
- › Um dies zu verhindern, müssen Staat und Muslime, Universitäten und Arbeitgeber gemeinsam Lösungen erarbeiten, um attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten für Islamische Theologen in Schulen, Seelsorge, Wissenschaft und Moscheen dauerhaft zu etablieren.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Der lange Weg zur Islamischen Theologie in Deutschland	3
3. Berufsperspektiven für Absolventen	5
4. Probleme und Hindernisse	6
5. Handlungsempfehlungen	7
Impressum	10

1. Einleitung

In den vergangenen Jahren hat Deutschland bei der institutionellen Beheimatung des Islam große Fortschritte gemacht. Eine wichtige Rolle kam hierbei der vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Jahre 2006 einberufenen Deutschen Islam Konferenz (DIK) zu. Mit der DIK wurde zum ersten Mal eine Gesprächsplattform zwischen Staat, muslimischen Verbänden und muslimischen Einzelpersonen konstituiert. Ein Ergebnis dieser Gespräche war im Jahre 2010 die Empfehlung des Wissenschaftsrats, Institute für Islamische Theologie an deutschen Hochschulen einzurichten.¹ Dieser Empfehlung wurde schnell Folge geleistet. Die Universitäten in Osnabrück, Münster, Frankfurt/Gießen,² Tübingen und Erlangen-Nürnberg erhielten schließlich den Zuschlag für Fördermittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), um Institute und Studiengänge im Fach „Islamische Theologie“ aufzubauen. Die Erwartungen waren groß.³ In Deutschland ausgebildete muslimische Theologen sollten als Lehrer, Seelsorger, Wissenschaftler, Sozialarbeiter und Imame eine bessere Integration von Muslimen⁴ in Staat und Gesellschaft gewährleisten und politischen Vereinnahmungen durch ausländische Akteure entgegenwirken.

Acht Jahre nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates fällt die Bilanz der Studiengänge Islamische Theologie gemischt aus. Einerseits ist die Etablierung von Instituten und Lehrstühlen trotz erheblicher Anfangsschwierigkeiten bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte und der Bedarf an muslimischen Theologen ist vor allem an Schulen groß.⁵ Andererseits wurde es versäumt, Studiengänge und Arbeitsmarkt aufeinander abzustimmen und klare Berufsperspektiven für Absolventen zu schaffen. Es droht sich zu rächen, dass in den vergangenen Jahren zwar mit großem Aufwand akademische Strukturen aufgebaut wurden, aber nicht in annähernd gleichem Ausmaß in die Erschließung von akzeptablen Berufsperspektiven für die dort ausgebildeten Akademiker investiert wurde. Viele der seit etwa einem Jahr auf den Arbeitsmarkt drängenden Absolventen machen daher ernüchternde Erfahrungen. Nicht immer erfüllen sie die Anforderungen möglicher Arbeitgeber. Es mangelt an Finanzierungsstrukturen und teilweise an klaren rechtlichen Rahmenbedingungen. Schließlich fehlt es an Akzeptanz und Unterstützung seitens der etablierten Moscheeverbände.

Das vorliegende Papier analysiert die Berufsperspektiven für Absolventen der Studiengänge „Islamische Theologie“ in Deutschland und zeigt die derzeitigen Beschränkungen und Möglichkeiten auf. Auf dieser Grundlage geht es der Frage nach, wie Politik, Verwaltung, Universitäten und Studierende dazu beitragen können, diese Situation zu verbessern und einen attraktiven Arbeitsmarkt für in Deutschland ausgebildete islamische Theologen zu etablieren.

Die Institutionelle
Beheimatung des
Islam macht
Fortschritte.

Die Bilanz der
Studiengänge fällt
gemischt aus.

Studiengänge und
Arbeitsmarkt wurden
nicht abgestimmt.

2. Der lange Weg zur Islamischen Theologie in Deutschland

Die Organisation muslimischen Gemeindelebens war in Deutschland lange kein Thema. Muslimische Migranten wollten nach einigen Jahren des Aufenthalts wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren und investierten zunächst nicht in den Aufbau religiöser Infrastruktur. Der deutsche Staat sah ebenfalls keinen Handlungsbedarf. Erst mit der Familienzusammenführung und der Verfestigung des Bleibewunsches in den 1970er Jahren begannen Muslime mit der Gründung von Moscheevereinen. Da der Aufbau und Unterhalt religiöser Infrastruktur von muslimischen Migranten nicht in den Anwerbeverträgen mit den jeweiligen Herkunftsstaaten, vor allem der Türkei, geregelt war, füllten die Muslime selbst diese Lücke. Insbesondere solche Strömungen, Ausrichtungen und Organisationen, die im Herkunftskontext als Oppositionsbewegung auftraten oder sich dort nicht frei entfalten konnten, sahen in Deutschland die Möglichkeit der Expansion und Anwerbung von Mitgliedern sowie der Erschließung neuer Finanzierungsquellen.

Der Staat sah
lange keinen
Handlungsbedarf.

Der türkische Staat hat erst in den 1980er Jahren auf diese Entwicklung reagiert und 1984 die „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) gegründet. Ziel war es, den türkischen oder türkischstämmigen Muslimen in Deutschland ein vom türkischen Staat kontrolliertes Angebot religiöser Infrastruktur zu machen und dadurch eine weitere Ausbreitung der nicht-staatlichen türkisch-islamischen Organisationen zu unterbinden. Insbesondere sollte durch die Entsendung von staatlich ausgebildeten türkischen Imamen das Modell der türkisch-islamischen Synthese (Laizismus, türkischer Nationalismus) und damit die Bindung an den türkischen Staat gestärkt werden.

Konkurrenz um
die Deutungshoheit
des Islam

Damit etablierte sich unter den muslimischen Organisationen in Deutschland eine Konkurrenzsituation um die Deutungshoheit über die Religion sowie um die Vertretung der deutschen Muslime gegenüber Staat und Gesellschaft. Diese Konkurrenz prägte das Verhältnis der Verbände, Vereine und Moscheen bis in die 1990er Jahre. Erst danach setzte allmählich eine Konsolidierungsphase ein, in der die jeweiligen Gemeinden ihre Strukturen weitgehend stabilisierten und ihre Mitgliederzahlen festigten. Diese Verfestigung führte aber nicht zu einer Integration muslimischer Infrastruktur(en) oder zur Etablierung eines „Islam in Deutschland“. Vielmehr zementierte es die Fokussierung auf die Herkunftsländer weiter.⁶

Diese Situation wurde staatlicherseits erst in den 2000er Jahren als Problem erkannt. Es folgte ein Perspektivwechsel, der die Religion in integrationspolitischen Fragen stärker berücksichtigte. Seinen sichtbarsten Ausdruck fand dieser Wechsel durch die Einberufung der DIK im Jahre 2006. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurden auf Bundesebene Spitzengespräche zwischen Staat, muslimischen Verbänden und muslimischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geführt, um akute religions- und integrationspolitische Herausforderungen zu identifizieren und die strukturelle Integration der Muslime zu intensivieren. Einer der Schwerpunkte des damals initiierten Diskussionsprozesses war der Themenkomplex „Institutionalisierte Kooperation und integrationsbezogene Projektarbeit“, in dessen Rahmen die Einführung eines Islamischen Religionsunterrichts forciert sowie wichtige Impulse für die Gründung von Instituten für Islamische Theologie gegeben wurde.⁷ Der von hier ausgehende Impuls zur Einrichtung von Studiengängen der Islamischen Theologie⁸ an deutschen Universitäten ist im Jahre 2010 schließlich in Form von Empfehlungen des Wissenschaftsrates aufgegriffen worden.⁹ Die damals angeregten Institute sollten folgende Ziele verfolgen:

Die Deutsche Islam
Konferenz gibt
den Impuls.

1. Die Ausbildung von Religionslehrern für den islamischen Religionsunterricht,
2. die Ausbildung von Theologen, die als Imame bzw. Prediger in Gemeinden tätig sein sollten,
3. die Ausbildung muslimischer Sozialarbeiter und
4. die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zur Entstehung einer islamischen „Wissenschaftscommunity“ in Deutschland.¹⁰

Der Wissenschaftsrat
gibt die Ziele vor.

In Reaktion auf diese Empfehlungen schrieb das BMBF einen Wettbewerb über eine fünfjährige Förderung zum Aufbau von entsprechenden universitären Strukturen aus. In einer ersten Ausschreibung wurden die Universitäten Tübingen, Münster und Osnabrück ausgewählt. In einer zweiten Runde erhielten die Universitäten Erlangen-Nürnberg sowie Frankfurt am Main/Gießen (als Kooperationsprojekt), den Zuschlag. Die neuen Zentren nahmen ab dem Wintersemester 2011/12 sukzessive ihre Arbeit auf. Nach erfolgreicher Evaluierung der Standorte wurde die Förderung im Jahr 2016 um weitere fünf Jahre verlängert. Die Landeswissenschaftsministerien haben bereits den dauerhaften Erhalt der Zentren zugesagt. Als sechster Standort soll nach (vorläufiger) Klärung der Kontroverse um die Besetzung des entsprechenden Beirates 2019 die HU Berlin hinzukommen.¹¹ Außerhalb der vom BMBF geförderten Standorte wurden schließlich noch einige weitere Studiengänge für islamische Religionspädagogik mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen (u. a. Hamburg, Freiburg, Karlsruhe, Ludwigsburg) etabliert.

Universitäre Stand-
orte etablieren sich.

Da die Zentren nach den Kriterien für die Institute und Fakultäten der christlichen Theologien eingerichtet werden, muss über die Berufung des Lehrpersonals die betreffende Religionsgemeinschaft entscheiden. Nach herrschender Meinung existiert in Deutschland allerdings keine islamische Gemeinschaft, die diesen Anforderungen genügt. Deshalb wurden an den entsprechenden Standorten auf Empfehlung des Wissenschaftsrates¹² sogenannte theologisch kompetente Beiräte für Islamische Studien eingerichtet (Ausnahme Hessen). Diese Beiräte stellen selbst keine Religionsgemeinschaft dar, üben aber im genannten Kontext die Funktion derselben aus, wirken also insbesondere an der Berufung des Lehrpersonals und der Erstellung der Curricula mit. Über die Zusammensetzung entscheidet die jeweilige Universität unter Aufsicht des Landes. Neben den Beiräten an den jeweiligen Standorten der Zentren für Islamische Studien existieren noch Beiräte auf Landesebene, die für die Entwicklung der Lehrpläne für den schulischen Religionsunterricht und die Erteilung der Lehrerlaubnis an die Absolventen zuständig sind. In allen Beiräten sitzen Vertreter der großen Moscheeverbände (darunter DITIB) sowie unabhängige Einzelpersonen.

Beiräte statt Religions-
gemeinschaften

Die bislang fünf Standorte¹³ bieten in der Regel einen dreijährigen Bachelor- und einen zweijährigen Master-Abschluss an. Hinzu kommen Diplom-Studiengänge, die für das Lehramt an Schulen ausbilden. Außerdem wurden einige Graduiertenkollegs eingerichtet, die wissenschaftlichen Nachwuchs für den akademischen Bereich ausbilden sollen. Zwischen 2014 und 2017 haben sich an den BMBF-geförderten Standorten 5.289 Studierende in die entsprechenden Studiengänge eingeschrieben. An den genannten Standorten sind insgesamt 24 Professoren tätig (Stand 2017).¹⁴ Offizielle Statistiken des Statistischen Bundesamtes zu Studienabschlüssen im Fach Islamische Theologie liegen noch nicht vor. Die ersten Abschlüsse im Fach Islamische Theologie (Bachelor) wurden 2016 erworben. 2017 wurden erstmals Staatsexamina für islamische Religionslehrer abgelegt. Die Zahl der Absolventen bewegt sich an den einzelnen Standorten seit 2016/2017 im niedrigen zweistelligen Bereich pro Semester.

Bachelor-, Master-
und Diplom-
Abschlüsse

3. Berufsperspektiven für Absolventen

Seit den Empfehlungen des Wissenschaftsrats sind mittlerweile mehr als acht Jahre vergangen. In dieser Zeit wurden in struktureller Hinsicht enorme Fortschritte erzielt. Die Lehrstühle und Institute sind mittlerweile personell, finanziell und akademisch etabliert und viele Lehrstuhlinhaber sind gefragte Gesprächspartner von Politik und Medien. Hinsichtlich der Betreuung von Studierenden, der Akzeptanz von Absolventen und nicht zuletzt der beruflichen Perspektiven gibt es allerdings nach wie vor erhebliche Defizite. Innerhalb der einzelnen Studiengänge bzw. Abschlüsse ergibt sich zurzeit folgende Situation:

Lehrstuhlinhaber
sind gefragte
Gesprächspartner.

Lehramt

Die Studiengänge wurden vor allem in der Erwartung eingerichtet, hiermit dringend benötigtes qualifiziertes Lehrpersonal für den islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen auszubilden. Nach einer Studie des Mediendienstes Integration nahmen im Schuljahr 2017/18 über 54.000 Schülerinnen und Schüler an etwa 800 Schulen bundesweit an einer Form von islamischem Religionsunterricht teil.¹⁵ Damit ist die potenzielle Nachfrage noch lange nicht gedeckt. Nach einer älteren Schätzung der DIK aus dem Jahr 2009 würden etwa zehnmal so viele Schülerinnen und Schüler ein derartiges Lehrangebot in Anspruch nehmen, wenn es flächendeckend zu Verfügung stünde.¹⁶

Immer mehr
Schulen bieten
Islamunterricht an.

Das hinterherhinkende Angebot kann mit verschiedenen Faktoren erklärt werden. Zum einen sind muslimische Eltern oft nur unzureichend über den Rechtsanspruch auf islamischen Religionsunterricht informiert und fordern ihn oft nicht nachdrücklich genug gegenüber den teilweise eher zurückhaltenden Schulleitungen ein. Zum anderen fehlen überall geeignete Lehrkräfte. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit wenig ändern. Der Bedarf an Religionslehrern wurde bislang mit Behelfslösungen und pädagogischen Quereinsteigern gedeckt. Seit 2017 werden erstmals ausgebildete Religionspädagogen in den Schuldienst übernommen. Doch die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Für die eher geringen Zahlen an Lehramts-Kandidaten müssen vor allem zwei Faktoren verantwortlich gemacht werden. Erstens führen Zulassungsbeschränkungen in einigen Fällen dazu, dass an der Islamischen Theologie interessierte Studierende eher in die Bachelor und Master-Studiengänge ausweichen und damit nicht für das Lehramt zur Verfügung stehen. Zweitens entscheiden sich viele kopftuchtragende Frauen aufgrund mangelnder und zum Teil unklarer Aussichten auf eine Übernahme in den Schuldienst trotz guter Noten ebenfalls gegen das Lehramtsstudium.

Der Bedarf an islami-
schen Religions-
lehrern übersteigt
das Angebot.

Bachelor und Master

Ein zweites Feld stellen die Bachelor und Master-Studiengänge der Islamischen Theologie dar. Hier sind die Berufsperspektiven im Vergleich zu den Lehramtsanwärtern deutlich schlechter. So werben diese Studiengänge in erster Linie mit Berufsperspektiven in der muslimischen Seelsorge in Gemeinden, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern oder Gefängnissen. Auch hier ist der Bedarf im Prinzip groß, trifft in vielen Fällen aber auf ungeklärte Finanzierungs- und Qualifizierungsfragen. Bislang sind nur Einzelfälle erfolgreicher Berufseinstiege der bisherigen Absolventen bekannt. Das gleiche gilt für Sozialarbeiter und Präventionsberater.

Ungeklärte Finanzie-
rungs- und Quali-
fizierungsfragen
erschweren den
Berufseinstieg.

Die Ausbildung zum Imam ist nicht primäres Ziel der Studiengänge. Das steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zur ursprünglichen politischen Erwartungshaltung. Im Vorfeld der Einrichtung der Studiengänge war immer wieder die Hoffnung formuliert worden, durch die Einführung von Lehrstühlen und Studiengängen der Islamischen Theologie deutsche Imame für deutsche Moscheen auszubilden und damit den Einfluss ausländischer Akteure zu reduzieren.¹⁷ Dem entgegenstehend wird heute an verschiedenen Standorten

Imamausbildung
ist nicht Ziel der
Studiengänge.

ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Imamausbildung nicht Sache der Universität sei, sondern analog zu der Ausbildung von Pfarrern und Priestern bei den christlichen Kirchen in einem Ausbildungsinstitut der islamischen Religionsgemeinschaft(en) stattfinden müsse.¹⁸ Die Einrichtung solcher Institute macht allerdings die Klärung des Rechtsstatus muslimischer Gemeinden notwendig. Besonders problematisch ist hierbei die Frage der Finanzierung. Bisher werden die Imame in den über 2.000 muslimischen Gemeinden in Deutschland entweder von der Gemeinde selbst oder vom türkischen Staat bezahlt. In vielen Fällen handelt es sich um aus dem Ausland entsandte Prediger, die sich mit einem Gehalt zufriedengeben, das weder den Erwartungen und Bedürfnissen noch den gesetzlichen Vorgaben einer angemessenen Bezahlung für in Deutschland ausgebildete Akademiker entspricht.

Angesichts dieser Situation hoffen viele Studierende schließlich auf eine Karriere in der Wissenschaft. Vereinzelt gab es bereits Übernahmen von Absolventen in Graduiertenprogramme oder Einstellungen als wissenschaftliche Mitarbeiter an den jeweiligen Lehrstühlen. Angesichts der übersichtlichen Stellensituation werden derartige Karrieren aber die Ausnahme bleiben und können bei der Entscheidung für das Studienfach Islamische Theologie nicht ausschlaggebend sein. Wichtig für die Zukunft des Islam in Deutschland sind sie dennoch. Die Entstehung einer islamischen „Wissenschaftscommunity“ hierzulande bietet die Chance, die muslimische Theologie außerhalb autoritärer Strukturen und Vereinnahmungen im deutschen bzw. europäischen Kontext weiterzuentwickeln.

Eine islamische
Wissenschafts-
community entsteht.

4. Probleme und Hindernisse

Eine Reihe von Problemen und Hindernissen eines erfolgreichen Berufseinstiegs sind für muslimische Theologen damit bereits benannt. Im Einzelnen lassen sich folgende Problem-bündel identifizieren.

Mangelnde Eignung

In der akademischen Praxis hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Studiengänge teilweise eine persönlich und fachlich nur bedingt geeignete Zielgruppe anspricht. Nach einer Befragung von 34 Lehramtsstudenten an der Universität Osnabrück aus den Jahren 2015 und 2016 sah sich die Mehrheit der Befragten als bloße Wissensvermittler an, die den Islam unreflektiert für „die bessere Religion“ hielten und dies auch so an ihre (zukünftigen) Schüler weitergeben wollten.¹⁹ Gegenwärtig wird am Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück eine qualitative Studie zu den Einstellungen und Erwartungen von Studierenden durchgeführt. Falls sich hierbei der Eindruck eher unkritischer Einstellungen gegenüber traditionellen islamischen Diskursen bestätigen sollte, müssten entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Religionslehrer
als bloße Wissens-
vermittler?

Rechtliche Fragen

Unter den verschiedenen rechtlichen Fragen ist vor allem die des Kopftuchs relevant. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 2015 hat jedes Bundesland unterschiedliche Regelungen und Verfahrensweisen entwickelt, wie mit Lehrerinnen an öffentlichen Schulen umzugehen sei, wenn diese darauf bestehen, im Klassenzimmer ein Kopftuch zu tragen. Das Spektrum der Handlungsoptionen reicht von einem völligen Verbot über eine Duldung bis zur Erlaubnis unter dem Vorbehalt der Wahrung des Schulfriedens.²⁰ In vielen Fällen sind die entsprechenden Gesetze und Regelungen aber nach wie vor unvollständig und zum Teil unklar, oft kommt es zu Einzelfallentscheidungen. Konkrete Zahlen über die Zahl der kopftuchtragenden Lehramts-Studentinnen liegen nicht vor. Fest steht aber, dass diese Studentinnen in Bundesländern, in denen Kopftuchverbote gelten, zurzeit am eigentlichen Ziel Lehramt an öffentlichen Schulen vorbei ausgebildet worden wären.

Uneinheitliche
Regelungen

Fehlende Akzeptanz der Moscheegemeinden und Verbände

Als langfristig noch gravierender muss schließlich die nach wie vor eher geringe bis fehlende Akzeptanz der Studiengänge seitens der etablierten Moscheevereine und Dachverbände gesehen werden. Hier ist die Befürchtung verbreitet, dass eine institutionelle Verwissenschaftlichung des Islam zu dessen Deformierung führen könnte. Dementsprechend schwierig gestaltet sich die Zusammenarbeit, insbesondere in den Beiräten. Wie bereits angedeutet, hat dies vor allem für die Berufsperspektive Imam Konsequenzen. Bislang stellen Moscheevereine vor allem Geistliche aus der Türkei bzw. den Herkunftsländern der jeweiligen Gemeindemitglieder ein. In den meisten Fällen werden diese von den dortigen Religionsbehörden entsandt und bezahlt. Für in Deutschland ausgebildete Imame fehlt seitens der Moscheegemeinden in der Regel sowohl das Geld als auch der Bedarf.

Islam-Verbände
bleiben auf Distanz.

Außerdem kommt hinzu, dass die großen Moscheevereine zunehmend dazu übergehen, in Eigenregie deutsche Muslime auf Deutsch zu Imamen auszubilden. Hierdurch soll die zunehmende Kritik an „Import-Imamen“ entkräftet werden, ohne auf das Angebot universitärer Theologen-Ausbildung in Deutschland zurückgreifen zu müssen. So bietet die türkische Religionsbehörde mit Erfolg seit 2006 einen „Internationalen Studiengang Islamische Theologie“ in Istanbul und Ankara an. Bis 2016 sollen etwa 150 türkischstämmige Deutsche diesen Studiengang durchlaufen haben. Rund 60 von ihnen erhielten danach Festanstellungen in deutschen DITIB-Moscheen.²¹ Auch die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) und der Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) bilden mittlerweile eigene Imame in deutscher Sprache aus. Während DITIB und IGMG einige Absolventen der Studiengänge „Islamische Theologie“ nach dem Bachelorabschluss weiter geschult und als Imame eingestellt haben, zeigt sich VIKZ bislang nicht an Absolventen der genannten Studiengänge interessiert.

5. Handlungsempfehlungen

Die hohen politischen und gesellschaftlichen Erwartungen an den Studiengang Islamische Theologie könnten enttäuscht werden, wenn es nicht gelingt, angemessene Berufsperspektiven für islamische Theologen zu etablieren und das akademische Angebot besser auf den Arbeitsmarkt abzustimmen. Um diese zu gewährleisten besteht in mehrfacher Hinsicht Diskussions- und Handlungsbedarf.

Hohe Erwartungen
könnten enttäuscht
werden.

Motivation und Befähigung prüfen

Bislang sprechen lediglich Einzelbeobachtungen und subjektive Eindrücke dafür, dass eine theologische Ausbildung in Deutschland nicht notwendigerweise zur Fähigkeit einer reflektierten Auseinandersetzung mit den eigenen theologischen Traditionen führt. Weitere repräsentative Studien über die Einstellungen und Erwartungen der Studierenden des Fachs Islamische Theologie sind daher notwendig. Sollte sich hierbei der Eindruck bestätigen, dass Studierende teilweise mit falschen Erwartungen ein solches Studium beginnen, besteht in zweierlei Richtung Handlungsbedarf. Einerseits sollte vor allem bei der Ausbildung von islamischen Religionslehrern stärker auf die Befähigung zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen religiösen Tradition geachtet werden. Zum anderen sollten Motivationen und Erwartungen bereits vor dem Studienbeginn abgefragt und geklärt werden. Dies könnte in Form von Motivationsgesprächen geschehen, in denen Erwartungen und Voraussetzungen der Studierenden ebenso wie fachliche Inhalte diskutiert und erörtert werden. Derartige Motivationsgespräche werden bereits in anderen Fächern geführt.

Kritische Auseinandersetzung mit religiösen Traditionen

Institutionalisierung fördern

Muslimische Sozialarbeit, Seelsorge und Wohlfahrtspflege ist gegenwärtig nahezu ausschließlich ehrenamtlich oder privatwirtschaftlich organisiert. Es existiert bislang keine professionell-konfessionelle Wohlfahrtsarbeit für Muslime mit entsprechenden Trägerstrukturen.²² Der Aufbau solcher Trägerstrukturen braucht Zeit und ist kurz- bis mittelfristig noch

nicht absehbar. Eine wichtige Ursache liegt auch in fehlenden Organisationsstrukturen und der Heterogenität auf Seiten muslimischer Institutionen in Deutschland. Seit einigen Jahren laufen allerdings erste Forschungsarbeiten und Modellprojekte zum Thema muslimische Wohlfahrtspflege. An der Universität Osnabrück befindet sich ein eigener Studiengang „Muslimische Sozialarbeit“ in Planung. Wenn die institutionellen und finanziellen Hürden überwunden werden, könnte hier vor allem im Bereich der Seelsorge in langfristiger Perspektive ein breites und attraktives Berufsfeld für muslimische Theologen entstehen.

Aufbau muslimischer
Institutionen

Vertrauen schaffen

Bis zum Aufbau muslimischer Trägerstrukturen der Wohlfahrtspflege ist es in Deutschland noch ein weiter Weg. Vorerst bieten sich daher Chancen bei der Öffnung bestehender Strukturen und Institutionen. Insbesondere in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, in der Notfallbegleitung oder in Gefängnissen ist der Bedarf an muslimischen Seelsorgern groß. Allerdings gibt es hier oft Vorbehalte, Unkenntnis und mangelnde Erfahrungen.²³ Eine stärkere Öffnung der entsprechenden kirchlichen, staatlichen oder nicht-konfessionellen Institutionen für muslimische Theologen würde ihnen nicht nur wichtige Berufsfelder erschließen, sondern auch eine steigende Nachfrage decken. Die setzt die Schaffung von Wissen und Vertrauen auf beiden Seiten voraus. Eine derartige Basis könnte u. a. durch Praktika und Informationsveranstaltungen bereits während des Studiums geschaffen werden.

Öffnung bestehender
Trägerstrukturen

Rechtsfragen klären

Die Berufsperspektiven für Frauen mit Kopftüchern – vor allem als Religionslehrerinnen an öffentlichen Schulen – ist ein akutes Thema. Ebenso der Dauerstreit über den Status der muslimischen Verbände als Religionsgemeinschaft bzw. als Körperschaften des öffentlichen Rechts.²⁴ Bislang hat sich auf Ebene der Länder ein Flickenteppich unterschiedlicher Modelle etabliert, die von der Verleihung von Körperschaftsrechten an Einzelgruppen über Staatsverträge bis hin zu Gesetzen reichen. Dieses ordnungspolitische Durcheinander führt zu einer Vielzahl von SchiefLAGen und behindert auch die Entstehung klarer beruflicher Perspektiven für muslimische Theologen. Es müssen daher neue Wege gefunden werden, die innerhalb des bestehenden religionsverfassungsrechtlichen Rahmenwerkes ein geregeltes Kooperationsverhältnis zwischen den islamischen Glaubensgemeinschaften und dem Staat definieren. Dies setzt Kreativität, Flexibilität und politischen Willen auf allen Seiten voraus. Der innerislamischen Vielfalt muss dabei ebenso Rechnung getragen werden wie den grundgesetzlichen Vorgaben. Beides kann aber ebenso wenig ein Argument gegen eine einheitliche Rahmenstruktur sein wie das Fehlen kirchenähnlicher Strukturen im Islam. Die muslimischen Verbände müssen daher intern klären, inwieweit sie den staatlichen Institutionalisierungserwartungen entsprechen wollen. Bis heute hat hierzu kein ernsthafter interner Diskussionsprozess stattgefunden.

Etablierung eines
Kooperationsverhältnisses
zwischen Staat und muslimischen
Religionsgemeinschaften

Finanzierungsmodelle entwickeln

Die Institutionalisierungsfrage ist eng mit der Finanzierungsfrage verbunden. Solange kein der Kirchensteuer äquivalentes Instrument der Finanzierung muslimischer Institutionen existiert, wird sich an den oben geschilderten SchiefLAGen und hier insbesondere der Einflussnahme aus dem Ausland wenig ändern. Gerade die Beschäftigung von Imamen an deutschen Moscheen setzt etablierte und transparente Finanzierungsstrukturen voraus. Hier sind ebenfalls beide Seiten, Staat und Muslime, gefragt. Grundsätzlich ist es nicht die Aufgabe des Staates, finanzielle Ressourcen zur Unterhaltung religiöser Infrastruktur bereitzustellen. Kurz- und mittelfristig sollten Muslime, Moscheegemeinden und staatliche Stellen aber an einem Strang ziehen und an flexiblen Übergangsmodellen arbeiten. Vorstellbar wäre beispielsweise eine Mischung aus Beiträgen aus den Gemeinden und Projektgeldern bzw. staatlichen Zuschüssen als temporäre Lösung wie sie in Einzelfällen ja bereits praktiziert wird.

Schaffung von transparenten
Finanzierungsmechanismen

- 1 Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen, DRS 6978-10, Berlin 29.01.2010.
- 2 Die Zentren an den Universitäten Frankfurt und Gießen bilden ein Kooperationsprojekt und werden im Folgenden als ein Standort gezählt.
- 3 Vgl. hierzu Kiefer, Michael: Islamische Studien an deutschen Universitäten - Zielsetzungen, offene Fragen und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13-14/2011, S. 35-40.
- 4 Zur Entlastung und besseren Lesbarkeit des Textes wird durchgehend das generische Maskulinum verwendet.
- 5 Vgl. Lütke, Josephine: Islam-Institut: Noch nicht alle Ziele erreicht, NDR-Mediathek, 24. April 2018, zit. nach: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Islam-Institut-Hauptziel-noch-nicht-erreicht,islaminstitut100.html (abgerufen am 09.08.2018).
- 6 Vgl. Ceylan, Rauf: Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés, Wiesbaden 2006, S. 139 ff.
- 7 Vgl. hierzu Graf, Peter: Master-Studiengang Islamische Religionspädagogik, Ausbildung islamischer Religionslehrerinnen und -lehrer im Ergänzungsfach – Etablierung eines neuen Fachs an der Universität Osnabrück, in: Deutsche Islam Konferenz (Hrsg.): Drei Jahre Deutsche Islam Konferenz (DIK) 2006–2009. Muslime in Deutschland – deutsche Muslime, Berlin 2009, S. 210–227.
- 8 Für das Studienfach hat sich in Deutschland der Begriff „Islamische Theologie“ bzw. „Islamisch-theologische Studien“ durchgesetzt.
- 9 Vgl. Strohschneider, Peter: Islamische Studien an deutschen Universitäten. Impulsreferat zur Auftaktsitzung der Deutschen Islam Konferenz (DIK) am 17. Mai 2010, Berlin.
- 10 Vgl. Wissenschaftsrat 2010, S. 82.
- 11 Für eine Kritik an der kürzlich beschlossenen Besetzung des Berliner Beirates vgl. Mönch, Regina: Unterwerfung unter das Diktat einer Minderheit alten Geistes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.07.2018.
- 12 Vgl. Wissenschaftsrat 2010, S. 78 f.
- 13 Zum Vergleich: Zurzeit wird an 20 deutschen Hochschulen das Fach „Islamwissenschaft“ angeboten. Zum Teil überschneiden sich die Lehrkräfte, Inhalte und möglichen Berufsfelder der Fächer Islamwissenschaft und Islamische Theologie.
- 14 Zwei Lehrstühle konnten aufgrund von Streitigkeiten mit den Beiräten nicht besetzt werden.
- 15 Vgl. Mediendienst Integration: Islamischer Religionsunterricht in Deutschland, Berlin 2018.
- 16 Vgl. Deutsche Islam Konferenz: Schülerpotenzial für islamischen und alevitischen Religionsunterricht, zit. nach: <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/DIK/5ReligionsunterrichtSchule/Schuelerpotenzial/schuelerpotenzial-node.html> (abgerufen am 6.6.2018).
- 17 Vgl. Schrammar, Susanne: Der akademische Imam. Uni Osnabrück bietet Ausbildung für muslimische Geistliche an, Deutschlandfunk vom 16.09.2009, zit. nach: https://www.deutschlandfunk.de/der-akademische-imam.680.de.html?dram:article_id=37692 (abgerufen am 09.08.2018).
- 18 Vgl. Universität Osnabrück: Wir bilden keine Imame aus, das wollen wir auch gar nicht, in: Die Welt vom 26.11.2017.
- 19 Vgl. Zimmer, Veronika/Ceylan, Rauf/Stein, Margit: Religiosität und religiöse Selbstverortung muslimischer Religionslehrer/innen sowie Lehramtsanwärter/innen in Deutschland, in: Theo-Web. Zeitschrift für Religionspädagogik, Heft 2/2017, S. 347–367.
- 20 Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Zur Situation Kopftuch tragender Lehrerinnen in ausgewählten Bundesländern, Dokumentation WD 8 -3000 -036/17, Berlin 15.09.2017.
- 21 Vgl. Horstkotte, Hermann: Deutsche Imame gesucht. Der größte Moschee-Dachverband Ditib will vermehrt Geistliche aus Deutschland einstellen, um die Integration zu verbessern. Die Erfolgsaussichten sind gering, in: Die Zeit vom 18. Oktober 2016.
- 22 Vgl. hierzu Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael: Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Eine historische und systematische Einführung, Wiesbaden 2016.
- 23 Vgl. Charchira, Sami: Zur Notwendigkeit Islamischer Wohlfahrtspflege und Rolle der Deutschen Islamkonferenz: Einblicke, Rückblicke und Ausblicke, in: Antes, Peter/Ceylan, Rauf (Hrsg.): Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen, Wiesbaden 2017, S. 329.
- 24 Vgl. hierzu Jacobs, Andreas: Ein Kooperationsmodell für den Islam. Warum das Verhältnis von Islam und Staat in Deutschland geklärt werden muss, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kurzum, Nr. 1/2017.

Impressum

Die Autoren

Rauf Ceylan ist Professor für gegenwartsbezogene Islamforschung (Religionssoziologie) an der Universität Osnabrück. Er studierte an der Fachhochschule Düsseldorf Sozial- und Kulturwissenschaften und promovierte im Fach Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum sowie im Fach Religionspädagogik an der Universität Vechta. Seine Forschungstätigkeiten sind migrations- und religionssoziologisch ausgerichtet. Er ist Mitglied im Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) und im Rat für Migration (RfM e. V.)

Andreas Jacobs ist Koordinator Islam und Politik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Er hat Politik- und Islamwissenschaft an der Universität zu Köln sowie in London, Tunis und Kairo studiert und zahlreiche Publikationen zum Nahen Osten, zum Islam, zu den europäisch-arabischen Beziehungen, zu Fragen der Sicherheitspolitik und zur Theorie internationaler Beziehungen vorgelegt.

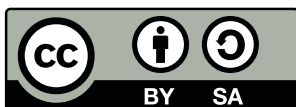
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Andreas Jacobs
Hauptabteilung Politik und Beratung
T +49 30 / 26996-3744
Andreas.Jacobs@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2018, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin
klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-476-8



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite
© ZouZou/Shutterstock